



Piratenfraktion • Postfach 7121 • 24171 Kiel

An die
Vorsitzende des
Innen- und Rechtsausschuss

Piratenfraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Patrick Breyer, MdL

Tel.: 04 31 – 988 1638

Email: pb@piraten.ltsh.de

Malte Sommerfeld

Referent für Innen und Recht

Tel.: 04 31 – 988 1610

Fax: 04 31 – 53 004 1610

Email: ms@piraten.ltsh.de

Twitter: @MalteSommerfeld

10. März 2014

**Berichtsanträge Zusammenarbeit mit der CSC-Gruppe und
Strukturreform der Justiz**

Geschäftsstelle:

Tel.: 04 31 – 988 1337

Fax: 04 31 – 988 1602

Besucheradresse:

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Postadresse:

Postfach 7121

24171 Kiel

Twitter @fraktionSH

Email: fraktion@piratenpartei-sh.de

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

ich bitte darum, die Landesregierung in der nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses folgende Berichte erstatten zu lassen:

I. Bericht der Landesregierung über die Vertragsbeziehungen zwischen öffentlichen Stellen des Landes und Unternehmen der CSC-Gruppe

Hintergrund ist, dass Unternehmen der weltweiten CSC-Unternehmensgruppe maßgeblich für US-amerikanische Nachrichtendienste arbeiten, gleichzeitig aber auch Auftragnehmer von Stellen des Landes sind.

Die Landesregierung soll insbesondere die folgenden Fragen beantworten:

1. Für sämtliche Vertragsbeziehungen zwischen öffentlichen Stellen des Landes (einschließlich der mittelbaren Staatsverwaltung) und Unternehmen der CSC-Gruppe sollen mitgeteilt werden:



- a) Vertragspartner und Vertragsdatum
- b) Vertragsgegenstand und Leistungsumfang
- c) bisher erbrachte Leistungen
- d) ob Zugriff auf personenbezogene Daten bestand
- e) ob Zugang zu Wissen betreffend die IT-Sicherheit bestand oder diesbezügliche Beratung erfolgte
- f) vereinbarte und gezahlte Gegenleistung

2. Speichert der private Vertragspartner im Zuge der Vertragsdurchführung gewonnene Erkenntnisse auf ausländischen Servern oder auf deutschen Servern, auf die ausländische Stellen Zugriff haben? Wenn dies der Landesregierung nicht bekannt ist, beabsichtigt sie nachzufragen?

3. Hält sich der private Vertragspartner für verpflichtet, Auskunftsersuchen ausländischer Stellen nachzukommen, gegebenenfalls auch unter Verstoß gegen in Deutschland geltendes Recht? Wenn dies der Landesregierung nicht bekannt ist, beabsichtigt sie nachzufragen?

4. Sieht die Landesregierung in der auch gegen deutsche öffentliche Stellen gerichteten nachrichtendienstlichen Tätigkeit der CSC-Gruppe einen Interessenskonflikt, der die Eignung dieser Gruppe zur Beratung bei öffentlichen IT-Projekten in Frage stellt?

5. Wurde die CSC-Gruppe oder Teile von ihr einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen? Wenn ja, wann und durch welche Stelle?

6. Haben die öffentlichen Vertragspartner der CSC-Gruppe geprüft, ob ihre Vertragsbeziehung aufgrund der genannten Tatsachen gelöst werden können und ob diese Gruppe künftig von Wettbewerben ausgeschlossen werden kann? Wenn ja, wer hat dies geprüft? Es wird um Vorlage des Prüfberichts gebeten. Wenn nein, ist eine solche Prüfung beabsichtigt?

7. Werden die öffentlichen Stellen des Landes (einschließlich der mittelbaren Staatsverwaltung) ihre Vertragsbeziehungen zu Unternehmen der CSC-Gruppe aufgrund der genannten Tatsachen lösen und diese Gruppe künftig von Wettbewerben ausschließen?

8. Hat die Landesregierung nach Bekanntwerden der mutmaßlichen Spionagetätigkeit der CSC-Gruppe gegen Deutschland Alternativen in Form nationaler Unternehmen mit nationalen Servern in Betracht gezogen? Wenn nein, warum nicht?



9. Mit welchen weiteren ausländischen Unternehmensgruppen unterhalten öffentliche Stellen des Landes Vertragsbeziehung betreffend IT-Dienstleistungen?

II. Bericht der Landesregierung über den Diskussionsstand in Sachen Strukturreform der Justiz und über die von ihr weiter beabsichtigten Schritte

Mit freundlichen Grüßen

Patrick Breyer